

Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 08.09.2010

Tagungsort: Freizeitzentrum Baumheide
Rabenhof 76
33609 Bielefeld

Beginn: 18:05 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 21:05 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Holm Sternbacher Bezirksvorsteher -RM-

CDU

Frau Anja Bartsch
Herr Dr. Guido Elsner (Vors.)
Frau Elke Grünewald -RM-
Herr Jens Hüsemann
Frau Heidemarie Pilchner
Herr Jörg-Rüdiger Schütz

SPD

Herr Bernd Diekmann
Frau Regina Klemme-Linnenbrügger -RM-
Herr Kurt Stuke
Herr Gerhard Wäschebach (Vors.)

Grüne

Frau Marianne Kreye (Vors.) ab 18.45 Uhr (zu TOP 6)

FDP

Herr Ulrich Kossiek

Die Linke

Herr Bernd Schatschneider

Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert haben

Frau Monika Kammeier CDU

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung (§ 19 Abs. 4 GeschO)

Frau Monika Kammeier	CDU	-RM-
----------------------	-----	------

Entschuldigt fehlt

Herr Andreas Rüther	stellv. Bezirksvorsteher	-RM-
Herr Reiner Blum	SPD-Fraktion	

Verwaltung

Herr Wörmann	Umweltamt	(zu TOP 6)
Herr Meier	Umweltamt	(zu TOP 6)
Herr Mosig	Umweltamt	(zu TOP 6)
Herr Fidler	Bauamt	(zu TOP 7)
Frau Binder-Kruse	Bauamt	(zu TOP 8, 9, 17 und 21)
Herr Voßhans	Amt für Integration und interkulturelle Angelegenheiten	(zu TOP 11 und 14)
 Frau Grewe	 Amt für Integration und interkulturelle Angelegenheiten	 (zu TOP 11 und 14)
 Herr Daube	 Bezirksamt Heepen	
Herr Skarabis	Bezirksamt Heepen	
Herr Lötze	Bezirksamt Heepen	Schriftführer

Externe

Frau Krekeler	Büro für Stadtplanung und Kommunalberatung Tischmann & Schrooten, Rheda	(zu TOP 8)
---------------	---	------------

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Bezirksvorsteher Sternbacher eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Im Anschluss erinnert der Vorsitzende an das am 01.08.2010 verstorbene Mitglied der Bezirksvertretung Heepen

Peter Weiberg.

Zum Gedenken erheben sich die Anwesenden zu einer Schweigeminute von ihren Plätzen.

Die von der Bezirksvertretung genehmigte Tagesordnung wird sodann wie folgt erledigt:

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Heepen

a) Bodendeponie Talbrücken Straße (Schlammfelder Obersee)

Frau Wentland (Einwohnerin des Stadtteils Brake und Sprecherin der „Bürgerinitiative Brake-Grafenheide & Johannisbachaue“) stellte unter Bezugnahme auf die unter TOP 6 anstehende Beratung folgende Fragen:

1. *Ist es richtig, dass die Parteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei der Kommunalwahl vor einem Jahr mit „Naturschutz für die Johannisbachaue“ um Wählerstimmen geworben haben?*
2. *Nachdem wir Zugeständnisse gemacht und alle Umstände ertragen und erfüllt haben, werden nun auch Sie Ihr im März 2007 einstimmig gegebenes Wort halten?*

Abschließend stellt sie fest, dass dies aus Ihrer Sicht 8500 Bielefelder Bürgerinnen und Bürger erwarten.

Bezirksvorsteher Sternbacher verweist auf die Beratung der Angelegenheit unter TOP 6.

b) Interkommunales Gewerbegebiet und Entwicklungskonzept Altenhagen

Frau Hopfinger (Einwohnerin des Stadtteils Altenhagen und Sprecherin der „Interessengemeinschaft Hellfeld“) stellt fest, dass die Interessengemeinschaft bereits in der Einwohnerfragestunde der Sitzung der Bezirksvertretung am 17.06.2010 einige Fragen bezüglich des geplanten Interkommunalen Gewerbegebietes in Bielefeld-Altenhagen an die Bezirksvertretung gerichtet habe. Einige Punkte seien aus ihrer Sicht allerdings noch offen geblieben oder bedürfen weiterer Klärung:

1. *Sie benutzten das Argument, dass sich in anderen Bereichen keine Flächen im Eigentum der Stadt Bielefeld befinden. Im Interkommunalen Gewerbegebiet am Hellfeld auch nicht. Was stellt den Unterschied dar?*
2. *In Bielefeld sollen 6 Schulen geschlossen werden. Der Altenhagener Grundschule fehlen fünf Schüler an der Mindestschülerzahl und ist somit auch eine der Schulen, die bald auf der „Roten Liste“ aufgeführt sein wird. Auch die Altenhagener Kirche kämpft um den Erhalt. Außer Bäckereien und einen Hofladen gibt es keine Einkaufsmöglichkeiten. Diese Entwicklung ist nicht gerade attraktiv für die Altenhagener Bürger und schon gar nicht für Personen von außerhalb, die einen neuen Wohnort suchen. Altenhagens Attraktion sind die Wiesen und Felder, die Wohnqualität und direkte Naherholung bieten. Mit dem neuen Gewerbegebiet würde diese zerstört. Was bleibt dann noch für Altenhagen? Es grenzt bereits ans Gewerbegebiet an der Brönnighauser Straße und wird von der Autobahn zerschnitten. Soll Altenhagen ein von Gewerbe- und Industrie überplantes verlassenes Dorf werden? Sie erwähnen in einer Ihrer Antworten ein Rahmenkonzept für den Bereich Altenhagen. Was beinhaltet dieses Rahmenkonzept und wann wird es fertig gestellt sein? Werden die Altenhagener Bürger daran beteiligt?*
3. *Sie haben die Frage, warum Bodenpunkte, also die Qualität des Ackerlandes, bei Planungen nicht berücksichtigt werden, nicht beantwortet und nur auf den Rat der Stadt Bielefeld verwiesen. Ist die Bezirksvertretung Heepen der richtige kompetente Ansprechpartner oder müssen wir uns an den Rat der Stadt Bielefeld wenden?*

Bezirksvorsteher Sternbacher führt bezogen auf das von Frau Hopfinger angesprochene Rahmenkonzept aus, dass die Bezirksvertretung Heepen die infrastrukturellen Probleme im Stadtteil Altenhagen seit langem erkannt habe. Die Verwaltung wurde vor diesem Hintergrund daher gebeten, ein Entwicklungskonzept für den Stadtteil Altenhagen zu erarbeiten. Die Erarbeitung sei noch nicht abgeschlossen. U. a. sei vorgesehen, die Altenhagener Bevölkerung in den Prozess einzubeziehen, sobald diskussionsrelevante Ergebnisse vorliegen. Hinsichtlich der auf das Interkommunale Gewerbegebiet bezogenen Fragen erläutert er, dass die Entwicklung des Gebietes und die sich daraus ergebenden Abhängigkeiten nicht in der Entscheidungskompetenz der Bezirksvertretung liegen. Alle diesbezüglichen Entscheidungen seien vom Rat der Stadt bzw. der Bezirksregierung Detmold zu treffen. Darüber hinaus bitte er die Verwaltung, alle aufgeworfenen Fragen zu prüfen und gegenüber der Bezirksvertretung und der Fragestellerin zu beantworten.

c) LKW-Durchfahrtsverbot und Geschwindigkeitsmessungen im Bereich der Donauschwabenstraße

Herr Möllering (Einwohner des Stadtteils Baumheide) weist darauf hin, dass er in der Einwohnerfragestunde zur Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 14.01.2010 vor dem Hintergrund der aus seiner Sicht gegebenen verkehrlichen Belastungen u. a. die Frage gestellt hatte, ob es möglich sei, für die Donau-

schwabenstraße ein LKW-Durchfahrtsverbot anzuordnen und häufiger Geschwindigkeitsmessungen durchzuführen. Da er bisher keine Antwort erhalten habe, frage er, wann mit einer Antwort zu rechnen sei.

Darüber hinaus habe er auf Behinderungen durch die im Bereich des Verbindungsweges an der Straße Hagenkamp aufgestellten Abfallcontainer hingewiesen und gefragt, ob es möglich sei, diese Abfallcontainer abzubauen oder zu verschieben.

Weiterhin habe er unter dem Hinweis auf den schlechten Zustand des Verbindungsweges zwischen der Milser Straße (in Höhe der Einmündung der Straße Sandbrink) und der nordöstlich der Milser Straße gelegenen Grünanlage anlässlich eines Telefonates mit Herrn Daube gefragt, wann mit der Sanierung des Wegeabschnittes zu rechnen sei.

Herr Daube führt aus, dass die Straßenverkehrsbehörde die Frage eines LKW-Durchfahrtsverbotes und der Geschwindigkeitsmessungen im Bereich der Donauschwabenstraße geprüft habe. Die Stellungnahme der Straßenverkehrsbehörde liege der Bezirksvertretung in der heutigen Sitzung zur Kenntnisnahme vor. Nach Kenntnisnahme durch die Bezirksvertretung werde Herr Möllering in Kürze eine schriftliche Antwort erhalten.

Die Frage der von den angesprochenen Müllcontainern ausgehenden Beeinträchtigungen wurde seitens des Bezirksamtes geprüft. Es konnte jedoch kein Handlungsbedarf erkannt werden.

Die Mängel im Bereich des angesprochenen Verbindungsweges seien dem zuständigen Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld gemeldet worden. Der Umweltbetrieb habe in der letzten Woche telefonisch mitgeteilt, dass die Mängel in Abhängigkeit von den Wetterverhältnissen kurzfristig behoben werden.

Herr Möllering stellt nachdrücklich fest, dass von den Müllcontainern im Bereich des Verbindungsweges an der Straße Hagenkamp seines Erachtens sehr wohl erhebliche Behinderungen - insbesondere für Fahrradfahrer - ausgehen.

Da hier offenbar unterschiedliche Einschätzungen der Situation vorliegen regt Herr Daube an, die Frage im Rahmen eines Ortstermins zu klären. Er sagt Herrn Möllering zu, dass das Bezirksamt hinsichtlich der Terminierung in Kürze mit ihm Kontakt aufnehmen werde.

Da keine weiteren Einwohnerfragen gestellt werden, schließt Bezirksvorsteher Sternbacher die Einwohnerfragestunde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 1 *

Zu Punkt 2

**Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die
8. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 17.06.2010**

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) nimmt Bezug auf Seite 17 der Niederschrift (vgl. TOP 5.6 - Mastleuchte im Bereich des Regenrückhaltebeckens im 7-Teiche-Grünzug in Brake). Im 3. Absatz werde sein Wortbeitrag dahingehend wiedergegeben, dass er die Anregung ausgesprochen habe, den Antrag in einen Prüfauftrag umzuformulieren. Dies sei so nicht richtig. Er habe vielmehr Verständnis dafür gezeigt, dass man aufgrund der dringenden Notwendigkeit einer Verbesserung der dortigen Beleuchtungssituation den Beschluss nicht auf einen Prüfauftrag reduzieren sollte, die Umsetzung gleichzeitig aber auch keine unverhältnismäßig hohen Kosten verursachen dürfe und angeregt, diese Überlegung in den Beschlusstext aufzunehmen.

Unter Berücksichtigung des Hinweises von Herrn Dr. Elsner ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 8. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 17.06.2010 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 2 *

Zu Punkt 3

Mitteilungen**I. Schriftliche Mitteilungen**

3.1

Bereitstellung von Windelmülltonnen als innovative Maßnahme zur Unterstützung junger Familien (vgl. BV Heepen - 20.05.2010 - TOP 5.1)

Den Mitteilungen beigelegt sind die Stellungnahmen des Umweltbetriebes vom 10.06.2010 und des Dezernats Soziales vom 09.07.2010.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) begrüßt die Stellungnahme des Sozialdezernates zum Antrag der CDU-Fraktion. Aufgrund der Haushaltssituation sei nachzuvollziehen, dass eine städtisch finanzierte Umsetzung derzeit nur schwer zu verwirklichen sei. Er ermutige die Verwaltung jedoch ausdrücklich, Gespräche mit möglichen Sponsoren aufzunehmen, um die Maßnahme dennoch zu realisieren.

Herr Stuke (SPD-Fraktion) begrüßt, dass aufgrund der Initiative der SPD-Fraktion auch ältere und pflegebedürftige Mitmenschen in die Überlegungen einbezogen wurden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 3.1 *

-.-.-

3.2

Sportanlage Oldentrup: Sanierung der Duschräume (vgl. u. a. BV Heepen - 20.05.2010 - TOP 3.3)

Den Mitteilungen beigelegt ist die Stellungnahme des Immobilienservicebetriebes vom 07.07.2010.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 3.2 *

-.-.-

3.3

Bessere Abstimmung der Busverbindungen mit den Unterrichtszeiten der Schulen im Stadtbezirk Heepen (vgl. BV Heepen - 20.05.2010 - TOP 5.2)

Den Mitteilungen beigelegt ist die gemeinsame Stellungnahme des Amtes für Verkehr, des Amtes für Schule und der moBiel GmbH vom 21.07.2010.

Herr Schatschneider (Die Linke) stellt fest, dass die Antwort der Verwaltung aus seiner Sicht unbefriedigend sei, da auch eine Wartezeit von 30 Minuten an 20 Schultagen seines Erachtens sehr wohl eine unzumutbar lange Wartezeit darstelle. Er könne die fahrplantechnischen Argumente zwar grundsätzlich nachvollziehen, sehe aber dennoch weiterhin die Notwendigkeit, die Situation zu optimieren.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 3.3*

-.-.-

3.4

Entsorgung der Reststoffe aus der Kläranlage Brake (vgl. BV Heepen - 20.05.2010 - TOP 11)

In der Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 20.05.2010 wurde im Rahmen der Beratung zum Abwasserbeseitigungskonzept 2010 die Frage nach der Entsorgung der Reststoffe aus der Kläranlage Brake gestellt.

Der Umweltbetrieb hat hierzu am 12.07.2010 mitgeteilt, dass die Reststoffentsorgung für die Kläranlagen regelmäßig ausgeschrieben und als Mehrjahresauftrag vergeben werde. Seit 2008 werde das „Sandfanggut“ der drei städtischen Kläranlagen durch die Firma IAA, Kalletal entsorgt. Nach Aussagen dieser Firma werde es zur Aufbereitungsanlage auf der Blocklanddeponie Bremen (Bremer Entsorgungsbetriebe) gebracht und dort im Rahmen der Deponierekultivierung eingesetzt.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) bittet die Verwaltung, über die vorliegende Information hinaus auch den Grund dafür, dass die Reststoffe nicht in Bielefeld verbleiben und die Höhe der durch den Abtransport entstehenden Kosten zu benennen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 3.4 *

-.-.-

3.5

Aktualisierte Schulwegpläne

Mit den Sitzungsunterlagen haben der Bezirksvorsteher, der stellv. Bezirksvorsteher, die Fraktionsvorsitzenden und die Vertreter der Parteien die aktualisierten Schulwegpläne für die Grundschulen im Stadtbezirk Heepen erhalten. Die Schulwegpläne aller Bielefelder Grundschulen können darüber hinaus im Internet unter dem Link http://www.bielefeld01.de/geodaten/welcome_schulen.php eingesehen werden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 3.5 *

-.-.-

3.6

LKW-Durchfahrt-Verbot auf der Evenhausener Straße (vgl. u. a. BV Heepen - 17.06.2010 - TOP 1 a)

Die Straßenverkehrsbehörde hat am 05.07.2010 unter Bezugnahme auf ihre, von der Bezirksvertretung Heepen am 14.01.2010 (vgl. BV Heepen - 14.01.2010 - TOP 3.5) zur Kenntnis genommene, Stellungnahme vom 03.12.2009 mitgeteilt, dass aus fachlicher Sicht weiterhin keine Notwendigkeit bestehe, ein LKW-Durchfahrt-Verbot anzuordnen:

Die Evenhausener Straße ist als Kreisstraße (K 15) klassifiziert. Nach § 3 Abs. 3 Straßen- und Wegegesetz (StrWG NRW) sind Kreisstraßen Straßen mit überörtlicher Verkehrsbedeutung, die den zwischenörtlichen Verkehrsverbindungen dienen oder zu dienen bestimmt sind; sie sollen mindestens einen Anschluss an eine Bundesfernstraße, Landesstraße oder Kreisstraße haben. Die Evenhausener Straße ist mit den Anschlüssen an die Salzufler Straße (L 805) und der Bechterdisser Straße (K 1) Teil des leistungsfähigen Grundnetzes. Hierüber

sind hohe Verkehrsmengen und Schwerlastverkehr bevorzugt abzuwickeln. Sperrungen für bestimmte Verkehre führen gesamtstädtisch zu keiner Verringerung des Verkehrs. Der Verkehr wird lediglich verteilt und nimmt durch Umwegfahrten noch zu. Verkehrssicherheitsgründe, die ein LKW-Durchfahrtsverbot begründen würden, sind nicht ersichtlich. Die Unfallstatistik ist unauffällig. Daher sind Polizei, Straßenbaulastträger und Straßenverkehrsbehörde übereinstimmend zu dem Ergebnis gekommen, hier keine Verkehrsbeschränkung anzuordnen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 3.6 *

-.-.-

3.7

Berichterstattung hinsichtlich der ausgelagerten städtischen Dienstleistungen (vgl. BV Heepen - 17.06.2010 - TOP 5.1)

Den Mitteilungen beigelegt sind die Stellungnahmen des Umweltbetriebes und des Immobilienservicebetriebes vom 28.07.2010.

Die in der Stellungnahme des Immobilienservicebetriebes angesprochene Auflistung (vgl. 2. Absatz) sowie eine Übersichtskarte zu den im Stadtbezirk Heepen beauftragten Flächen kann im Bezirksamt eingesehen werden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 3.7 *

-.-.-

3.8

Mastleuchte im Bereich des Regenrückhaltebeckens im Sieben-Teiche-Grünzug in Brake (vgl. BV Heepen - 17.06.2010 - TOP 5.6)

Den Mitteilungen beigelegt ist die Stellungnahme des Amtes für Verkehr vom 29.07.2010.

Herr Schatschneider (Die Linke) hält die Antwort der Verwaltung für unbefriedigend. Die genannten hohen Kosten seien für ihn nicht nachzuvollziehen.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) regt an, die Aktivierung der Mastleuchte im Rahmen der Priorisierung der öffentlichen Beleuchtungsmaßnahmen im Stadtbezirk entsprechend zu priorisieren.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 3.8 *

-.-.-

3.9 **Stelen auf dem alten oder neuen Friedhof Brake (vgl. BV Heepen - 17.06.2010 - TOP 5.5)**

Den Mitteilungen beigelegt ist die Stellungnahme des Umweltbetriebes vom 09.08.2010.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 3.9 *

3.10 **Grafenheider Straße: 3. Bauabschnitt (vgl. BV Heepen - 15.04.2010 - TOP 5.6)**

Den Mitteilungen beigelegt ist die Beschlussvorlage der Verwaltung Drucksache 1246/2009-2014 vom 04.08.2010.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) bringt seine Irritation darüber zum Ausdruck, dass die Angelegenheit nicht im Rahmen eines ordentlichen Tagesordnungspunktes beraten werde, sondern die Bezirksvertretung lediglich in Form einer Mitteilung informiert wurde. Seines Erachtens bestehe aufgrund der Bedeutung der Angelegenheit für den Stadtbezirk die Notwendigkeit im Rahmen eines ordentlichen Tagesordnungspunktes zu beraten.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) schließt sich dieser Bewertung nicht an. Seines Erachtens sei die Abarbeitung des von der Bezirksvertretung gefassten Beschlusses in dieser Form angemessen.

Auf Rückfrage von Bezirksvorsteher Sternbacher stellt Herr Dr. Elsner den Antrag, die Angelegenheit im Rahmen eines ordentlichen Tagesordnungspunktes zu beraten, da seines Erachtens Festlegungen getroffen werden, die den Stadtbezirk betreffen.

Herr Wäschebach stellt fest, dass die Beratung im Stadtentwicklungsausschuss bereits am 14.09.2010 erfolge.

Bezirksvorsteher Sternbacher weist darauf hin, dass versucht werden könnte, die Beratung im Stadtentwicklungsausschuss zu verschieben.

Herr Dr. Elsner führt aus, dass er das Verfahren nicht verzögern wolle, eine Beratung in der Bezirksvertretung dennoch für angemessen halte.

Herr Daube regt daraufhin an, die Beratung im Stadtentwicklungsausschuss abzuwarten.

- Die Bezirksvertretung stimmt zu. -

* BV Heepen - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 3.10 *

3.11 Erneuerung von Straßenlaternen (vgl. BV Heepen - 04.03.2010 - TOP 7.5)

Den Mitteilungen beigelegt ist die Stellungnahme des Amtes für Verkehr vom 13.08.2010.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 3.11 *

3.12 LKW-Durchfahrt-Verbot und Geschwindigkeitsmessungen im Bereich der Donauschwabenstraße (vgl. BV Heepen - 14.01.2010 - TOP 1 f)

Den Mitteilungen beigelegt ist die Stellungnahme der Straßenverkehrsbehörde vom 19.08.2010.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 3.12 *

3.13 Überquerung der Talbrückenstraße (vgl. BV Heepen - 04.03.2010 - TOP 7.4)

Den Mitteilungen beigelegt ist die Stellungnahme der Straßenverkehrsbehörde vom 19.08.2010.

Frau Grünwald (CDU-Fraktion) regt vor dem Hintergrund der Haushaltssituation der Stadt Bielefeld an, die Möglichkeit zu prüfen, einen Sponsor für die Anlage einer entsprechenden Querungsmöglichkeit zu suchen. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf eine von Sponsorenmitteln finanzierte Querungshilfe auf der Oldentruper Straße.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 3.13 *

3.14

Verkehrssituation Ziemannsweg in Brake
(vgl. u. a. BV Heepen - 23.10.2008 - TOP 3.15)

In ihrem Antrag vom 06.09.2007 (vgl. BV Heepen - 06.09.2007 - TOP 5.1) hatte die CDU-Fraktion auf Verkehrsprobleme im Bereich Ziemannsweg/Braker Straße hingewiesen:

Seit Bestehen der Postagentur in den Räumen von Foto Ast an der Braker Straße kommt es häufig zu Problemen und unübersichtlichen Situationen durch parkende Fahrzeuge im Kreuzungsbereich Braker Straße / Ziemannsweg. Der abfließende Verkehr fährt in der Regel durch den Ziemannsweg. Daher hat sich das Verkehrsaufkommen auf dem Ziemannsweg, der auch als Schulweg der Grundschüler genutzt wird, in nicht vertretbarer Weise erhöht.

Die Bezirksvertretung hatte darauf hin folgenden Beschluss gefasst:

Die Verwaltung wird beauftragt, Lösungen für die derzeit unbefriedigende, teilweise sogar gefährliche Verkehrssituation auf dem Ziemannsweg sowie im Kreuzungsbereich Braker Straße / Ziemannsweg zu erarbeiten. Dabei sind insbesondere die Möglichkeiten der Ausweisung einer reinen Anliegerstraße, einer Umkehr der Einbahnstraßen-Regelung oder einer völligen Abbindung des Ziemannsweges zu prüfen.

Nach Prüfung der Angelegenheit hatte die Straßenverkehrsbehörde vorgeschlagen, den Ziemannsweg mit einem rot-weißen Pfosten abzubinden und nach einer 6-monatigen Probephase über eine dauerhafte Regelung zu entscheiden. Die Bezirksvertretung hatte diesem Vorschlag zugestimmt. U. a. aufgrund der Kanalbauarbeiten im Bereich Wefelshof konnte der Verkehrsversuch bisher nicht durchgeführt werden. Da diese Arbeiten inzwischen weitestgehend abgeschlossen sind, wird die Straßenverkehrsbehörde nun den Ziemannsweg ab 16.09.2010 abbinden.

Die Anwohner wurden von der Straßenverkehrsbehörde mit Schreiben vom 25.08.2010 (vgl. Anlage) und durch eine Pressemitteilung entsprechend informiert.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 3.14 *

-.-.-

3.15

Demontage einer Leuchte in der Straße Auf der Horst

Mit den Sitzungsunterlagen haben alle Bezirksvertretungsmitglieder die Mitteilung des Amtes für Verkehr vom 28.07.2010 erhalten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 3.15 *

-.-.-

3.16 **Ausbau der Niewaldstraße (vgl. BV Heepen - 20.05.2010 - TOP 8)**

Mit den Sitzungsunterlagen haben alle Bezirksvertretungsmitglieder die Mitteilung des Amtes für Verkehr vom 26.08.2010 erhalten.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) und Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) begrüßen die vollständige Umsetzung der Maßnahme. Dies sei ihres Erachtens u. a. auf die in der Angelegenheit von der Bezirksvertretung gezeigte Hartnäckigkeit zurückzuführen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 3.16 *

-.-.-

II. Mündliche Mitteilungen

3.17 **Einladung zur Ausstellungseröffnung**

Herr Daube verweist auf die zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilte Einladung zur Eröffnung der Ausstellung „MENSCH ZIRKUS – Kunst aus der Tieplatzschule unter der Leitung der Künstlerin Petra Timmas“ am Mittwoch, dem 22.09.2010, um 18.00 Uhr, im Bezirksamt Heepen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 3.17 *

-.-.-

3.18 **Bildung keiner Eingangsklasse in der Hauptschule Oldentrup zum Schuljahr 2010/2011**

Herr Daube verweist auf die zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilte Mitteilung des Amtes für Schule vom 30.08.2010.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 3.18 *

-.-.-

3.19

Beratung des Bezirksbudgets 2010/2011 für den Stadtbezirk Heepen

Herr Daube informiert darüber, dass die Beratung des Bezirksbudgets 2010/2011 für den Stadtbezirk Heepen für die Sitzung der Bezirksvertretung am 30.09.2010 vorgesehen sei. Zur Vorbereitung haben die Mitglieder der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion die Entwurfsfassung des Doppelhaushaltsplans für die Haushaltsjahre 2010/2011 (Band I und Band II) zu den Fraktionssitzungen erhalten. An die Grüne-Fraktion und die Vertreter der Parteien Die Linke und FDP wurden die Unterlagen zu Sitzungsbeginn verteilt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 3.19 *

Zu Punkt 4

Anfragen

Zu Punkt 4.1

Umsetzung von U3-Betreuungsangeboten im Stadtbezirk Heepen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1333/2009-2014

Bezirksvorsteher Sternbacher verweist auf die Anfrage der CDU-Fraktion:

Mitte August war der Presse (z. B. Westfalen Blatt, 11.08.2010) zu entnehmen, dass aufgrund fehlender Bundeszuschüsse die Realisierung von Maßnahmen im Bereich der U3-Betreuung gefährdet ist.

Frage:

Inwieweit sind Maßnahmen im Stadtbezirk Heepen gefährdet?

Zusatzfragen:

Falls Maßnahmen im Stadtbezirk Heepen davon betroffen sein sollten:

- *Gibt es innerhalb der Stadt Spielräume, Maßnahmen zu priorisieren?*
- *Welche Schritte will die Verwaltung unternehmen, um die gefährdeten Maßnahmen doch zeitnah umzusetzen?*

Herr Daube erläutert die zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilte Stellungnahme des Amtes für Jugend und Familie - Jugendamt - vom 07.09.2010 im Überblick. Er weist darauf hin, dass die Fragestellung im Übrigen aufgrund des Anhörungsrechtes der Bezirksvertretung bei weiterer Konkretisierung in der Bezirksvertretung zu beraten sei.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) verweist auf den Bedarf an guten Betreuungsangeboten. Entsprechende Maßnahmen wurden entwickelt und sollten nun auch umgesetzt werden. Aufgrund der im Stadtbezirk Heepen noch immer gegebenen Unterversorgung sollte die Verwaltung alle Anstrengungen unternehmen, die geeignet sind, ein ausreichendes Betreuungsangebot zu realisieren.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 4.1 *

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Einrichtung eines Fahrradschutzstreifens entlang der nördlichen Seite der Braker Straße zwischen den Einmündungen der Straßen Wefelshof und Tödtheider Weg

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1334/2009-2014

Bezirksvorsteher Sternbacher nimmt Bezug auf den Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, umgehend auf der nördlichen Seite der Braker Straße zwischen den Einmündungen Wefelshof und Tödtheider Weg einen Fahrradschutzstreifen anzulegen.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) verweist auf die bekannte Gefährdung von Radfahrerinnen und Radfahrern, insbesondere im angesprochenen Bereich der Braker Straße. Nach Aufgabe des Bebauungsplanes „Brake-West“ könne die Grafenheider Straße nicht so zeitnah wie erwartet ausgebaut werden. Vor diesem Hintergrund sei eine nachhaltige Verkehrsberuhigung der Braker Straße vorerst nicht möglich. Die beantragte Maßnahme könne zeitnah zu einer unmittelbaren Verbesserung der Situation beitragen und sei seines Erachtens mit relativ geringem finanziellen Aufwand zu realisieren. Darüber hinaus stehe sie dem beantragten Verkehrssicherungskonzept für Brake nicht im Wege, sondern könne als erster Schritt zur Umsetzung betrachtet werden. Des Weiteren seien in weiten Teilen des Bereiches Parkbuchten vorhanden, so dass die Realisierung auch nicht zu einer den Einzelhandel beeinträchtigenden Reduzierung des Parkraums führen würde.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) stimmt der von Herrn Dr. Elsner vertretenen Auffassung zu. Darüber hinaus regt er an, den Beschlusstext um den Auftrag an die Verwaltung zu ergänzen, zu prüfen, ob es möglich sei, auch auf der Südseite der Braker Straße (zumindest in dem „parkfreien“ Bereich) einen entsprechenden Schutzstreifen anzulegen.

Herr Dr. Elsner stimmt der Ergänzung zu.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt, umgehend auf der nördlichen Seite der Braker Straße zwischen den Einmündungen Wefelshof und Tödtheider Weg einen Fahrradschutzstreifen anzulegen.

Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob ein entsprechender Schutzstreifen auch auf der Südseite der Braker Straße angelegt werden kann.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 5.1 *

-.-.-

Zu Punkt 5.2

Verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Grundstraße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1344/2009-2014

Bezirksvorsteher Sternbacher nimmt Bezug auf den Antrag des Vertreters der Partei Die Linke:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche verkehrsberuhigenden Maßnahmen in der Grundstraße erforderlich sind, um eine Geschwindigkeitsreduzierung zu erreichen.

Herr Schatschneider (Die Linke) verweist auf die schriftliche Antragsbegründung. Obwohl ihm bekannt sei, dass die Bezirksvertretung bereits in der Vergangenheit intensiv nach Möglichkeiten gesucht habe, um die Situation zu verbessern, halte er es aufgrund massiver Anwohnerbeschwerden für erforderlich, die in der Antragsbegründung genannten Maßnahmen zu prüfen.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass die Situation in der Grundstraße in der Vergangenheit bereits mehrfach in der Bezirksvertretung beraten wurde. Er verweise in diesem Zusammenhang auf die auf Veranlassung der Bezirksvertretung von der Straßenverkehrsbehörde umgesetzten Verbesserungsmaßnahmen. Seines Erachtens sei es darüber hinaus nicht möglich, dem widerrechtlichen Verhalten einzelner Autofahrer durch weitere Maßnahmen entgegenzuwirken. Darüber hinaus habe die Grundstraße eine verkehrliche Funktion, die seines Erachtens nicht weiter eingeschränkt werden könne. Die CDU-Fraktion könne dem Antrag daher nicht zustimmen.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) unterstützt den Prüfauftrag, da seines Erachtens nicht auszuschließen sei, dass die Straßenverkehrsbehörde im Rahmen einer erneuten Prüfung verschiedener Möglichkeiten zu anderen Erkenntnissen komme, als im Rahmen früherer Prüfungen.

Herr Kossiek (FDP) stimmt der von Herrn Dr. Elsner vertretenen Auffassung zu. Darüber hinaus geht er davon aus, dass die in der Antragsbegründung angesprochenen möglichen Maßnahmen aufgrund der schwierigen Haushaltslage der Stadt nicht umzusetzen seien.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche verkehrsberuhigenden Maßnahmen in der Grundstraße erforderlich sind, um eine Geschwindigkeitsreduzierung zu erreichen.

Dafür:	6 Stimmen
Dagegen:	7 Stimmen
Enthaltungen:	0 Stimmen

- mithin abgelehnt -

* BV Heepen - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 5.2 *

Zu Punkt 6

Bodendeponie Talbrückenstraße (Schlamm-polder Obersee)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1247/2009-2014

Herr Wörmann (Umweltamt) erläutert - ausgehend von der ursprünglichen Beschlussfassung der beteiligten politischen Gremien (vgl. u. a. BV Heepen - 15.03.2007 - TOP 7) - die haushaltsrechtlichen und sonstigen Abhängigkeiten, die die Verwaltung dazu veranlasst haben, den beteiligten politischen Gremien den Beschlussvorschlag hinsichtlich der Kapazitätserweiterung der Bodendeponie vorzulegen. Zum einen erfordere es die schwierige Haushaltslage der Stadt Bielefeld alle vertretbaren Einsparungsmöglichkeiten und Möglichkeiten zur Erzielung zusätzlicher Einnahmen zu nutzen. Mit der vorgeschlagenen Kapazitätserweiterung sei es möglich, einen Gewinn in Höhe von 700.000 Euro zu erzielen ohne die Bürgerinnen und Bürger mit zusätzlichen Abgaben zu belasten. Darüber hinaus sei die Aufnahmekapazität der im Raum Bielefeld vorhandenen Bodendeponien weitestgehend ausgeschöpft. Daher bestehe der Bedarf höhere Deponiekapazitäten anzubieten. Alle rechtlichen und technischen Voraussetzungen für die vorgeschlagene Erweiterung der Bodendeponie am Obersee seien in vollem Umfang gegeben. Das typische Landschaftsbild werde sich nicht - wie von verschiedenen Bürgerinnen und Bürgern befürchtet - verändern. Die typische Auenlandschaft bleibe im Wesentlichen erhalten. Dies sei auch darauf zurückzuführen, dass die jetzt geplante Kapazitätserhöhung (Verteilung von 550.000 m³ auf einer Fläche von 10 ha) um 100.000 m³ hinter der ursprünglich geplanten Kapazität zurückbleibe. Die sich daraus ergebende Höhenverringerung betrage 10 m. Durch die jetzt vorgeschlagene Kapazitätserweiterung werde sich die Laufzeit der Deponie darüber hinaus lediglich um ein Jahr verlängern.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) nimmt Bezug auf die im Jahr 2007 geführte Diskussion und den auf der Grundlage dieser Diskussion gefundenen Kompromiss. Die Politik stehe bei den Bürgerinnen und Bürgern im Wort und sollte nun nicht wortbrüchig werden. Vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltssituation sei es selbstverständlich wichtig, zusätzliche Einnahmen zu generieren. Er vertrete jedoch auch die Auffassung, dass es, wäre das Projekt „Brake-West“ realisiert worden, entsprechende Einnahmen - auch in dieser Größenordnung - hätten auf anderem Wege erzielt werden können. Im Anschluss stellt er die Frage, ob die in der Verwaltungsvorlage genannten Einnahmen in Höhe von 700.000 Euro als Reingewinn zu betrachten seien.

Herr Wörmann führt dazu aus, dass er in öffentlicher Sitzung keine Aussagen zur Kalkulation des Betrages treffen könne. Bei dem in der Verwaltungsvorlage genannten Betrag in Höhe von 700.000 Euro handele es sich jedoch tatsächlich um einen Reingewinn.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) erklärt, dass er vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltslage den Vorschlag der Verwaltung, auf diesem Weg mehr Einnahmen zu generieren, nachvollziehen könne. Die Politik stehe jedoch bei den Bürgerinnen und Bürgern im Wort. Ihre Glaubwürdigkeit stünde auf dem Spiel, wenn sie nun von der unter schwierigen Bedingungen gefundenen Kompromisslösung aus dem Jahr 2007 abweichen würde. Die SPD-Fraktion werde sich daher gegen den Verwaltungsvorschlag aussprechen.

Frau Kreye (GRÜNE-Fraktionsvorsitzende) stellt fest, dass vor dem Hintergrund der schlechten Finanzlage der Stadt Bielefeld auch in den Stadtbezirken Maßnahmen ergriffen werden müssen, die zur Haushaltskonsolidierung beitragen. Demgegenüber stehen die von den Bürgerinnen und Bürgern bei einer Kapazitätserhöhung und Verlängerung der Laufzeit zu tragenden Belastungen (Verzögerung bei der Wiederherstellung des Naherholungsgebietes, Verlängerung der verkehrlichen Belastungen durch den Anlieferungsverkehr, Veränderung des Landschaftsbildes etc.). Nach sorgfältiger Abwägung aller Aspekte komme sie zu dem Ergebnis, dass der im Jahr 2007 mit den Bürgerinnen und Bürgern abgestimmte Kompromiss einzuhalten sei. Andernfalls würden die Mitglieder der politischen Gremien unglaublich.

Herr Dr. Elsner weist ergänzend darauf hin, dass der Stadtbezirk Heepen bereits außerordentlich viele Belastungen für die Gesamtstadt trage (verkehrliche Lasten durch die verschiedenen Straßenbauprojekte, Müllverbrennungsanlage, Kläranlagen etc.). Die Lastenverteilung sollte gerecht auf alle Stadtbezirke verteilt werden. Er bitte, dies auch als Appell an den Rat der Stadt zu verstehen.

Herr Kossiek (FDP) stellt fest, dass die Haushaltskonsolidierung ein wesentliches politisches Ziel der FDP sei. Dies dürfe jedoch nicht zum Wortbruch gegenüber den Bürgerinnen und Bürger führen. Auch er könne vor diesem Hintergrund der geplanten Deponieerweiterung nicht zustimmen.

Herr Schatschneider (Die Linke) schließt sich den Argumenten seiner Vorredner an und erklärt, dass auch Die Linke nicht zustimmen könne.

Bezirksvorsteher Sternbacher stellt fest, dass alle Fraktionen und Parteienvertreter einhellig die Auffassung vertreten, dass es im Sinne der Bürgerinnen und Bürger nicht zu vertreten sei, von dem im Jahr 2007 gefundenen Kompromiss abzuweichen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die BV Heepen und Schildesche empfehlen, die BV Jöllenbeck nimmt zur Kenntnis, der AfUK beschließt:

Der Erhöhung der Deponiekapazitäten auf den ehemaligen Schlammplätzen am Jerrendorfweg von 200.000 m³ auf 550.000 m³ bis 31.12. 2014 einschließlich Rekultivierung wird zugestimmt. Der Beschluss des UStA vom 20.3.2007 wird damit geändert.

Dafür:	0 Stimmen
Dagegen:	14 Stimmen
Enthaltungen:	0 Stimmen

- mithin abgelehnt -

* BV Heepen - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 6 *

Zu Punkt 7

Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III / H 19 "Wohnen im Pastorengarten" für eine Teilfläche des Gebietes südlich der "Heeper Straße" (L 778) / südwestlich "Tieplatz" im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB
- Stadtbezirk Heepen -
- Beschluss über Anregungen
- Satzungsbeschluss
Beratungsgrundlage:
 Drucksachennummer: 1239/2009-2014

Auf entsprechende Rückfrage von Bezirksvorsteher Sternbacher stellt Herr Fidler (Bauamt) fest, dass die Beschlussvorlage der Verwaltung zum Satzungsbeschluss - mit Ausnahme geringfügiger redaktioneller Änderungen - gegenüber der Beschlussvorlage zum Entwurfsbeschluss (vgl. BV Heepen - 04.03.2010 - TOP 8) keine inhaltlichen Veränderungen aufweise.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) bewertet die Planung vor dem Hintergrund der langen intensiven öffentlichen Diskussion als Kompromiss, der sowohl die Interessen der Gegner als auch der Befürworter der Planung berücksichtige.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) schließt sich dieser Bewertung an.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

1. Die Stellungnahmen aus der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung werden gemäß Anlage A 1 in der Planung berücksichtigt.
2. Der Stellungnahme der Stadtwerke Bielefeld GmbH - lfd. Nr. 6 - wird gemäß Vorlage stattgegeben.
3. Die Stellungnahmen der Öffentlichkeit und des Heimat- und Geschichtsvereins Heepen e.V. - lfd. Nrn. 1 (1.1-1.5), 2 (2.1-2.8), 3, 4 (4.1-4.2), 5 (5.1-5.23) und 7 - werden gemäß Vorlage zurückgewiesen.
4. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen und Ergänzungen zu den zeichnerischen und textlichen Festsetzungen sowie zur Begründung zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. III / H 19 „Wohnen im Pastorengarten“ werden beschlossen.
5. Der Bebauungsplan Nr. III / H 19 „Wohnen im Pastorengarten“ wird mit den textlichen Festsetzungen und der Begründung gemäß § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) als Satzung beschlossen.
6. Der Satzungsbeschluss für die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. III / H 19 „Wohnen im Pastorengarten“ ist gemäß § 10 (3) BauGB öffentlich bekannt zu machen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 08.09.2010 - öffentlich - TOP 7 *

-.-.-

Zu Punkt 8

Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/H20 "Ortskern Heepen-Erweiterung" und 214. Änderung des Flächennutzungsplanes "Zentrum Heepen". Der Bebauungsplan umfasst Teilflächen südlich des Tieplatzes und südlich der Altenhagener Straße entlang der Straßen Bischof-Meinwerkstraße, Salzufler Straße, Hassebrock und Hillegosser Straße.
- Beschluss zur 214. Änderung des Flächennutzungsplanes "Zentrum Heepen"

- Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1268/2009-2014

Frau Binder-Kruse (Bauamt) nimmt Bezug auf die bisherigen Verfahrensschritte und erläutert die Planungsziele im Überblick.

Im Anschluss stellt Frau Krekeler (Büro für Stadtplanung und Kommunalberatung Tischmann & Schrooten, Rheda) ausgehend von den Ergebnissen der der Bezirksvertretung im April 2010 vorgestellten Bestandsanalyse und der bisherigen Beratung in den politischen Gremien den auf dieser Grundlage erarbeiteten Vorentwurf im Detail vor. Im Rahmen ihrer Ausführungen geht sie dabei im Kontext zu den im Einzelhandels- und Zentrenkonzept für den Stadtteil Heepen formulierten Zielen besonders darauf ein, wie dem Wunsch der Bezirksvertretung nach einer behutsamen bestandsorientierten Weiterentwicklung der Ortsmitte des Stadtteils in den verschiedenen Bereichen des Plangebietes Rechnung getragen wird.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) begrüßt die vorgestellte Planung grundsätzlich, sieht jedoch die Notwendigkeit die mögliche Überplanung von Teilen des Grünbereiches nordwestlich der Bischof-Meinwerk-Straße sorgfältig zu bewerten.

Auf Wunsch von Herrn Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) erläutert Frau Krekeler in welchen Bereichen des Plangebietes die Option bestehe, Gebäude mit einem Flachdach zu errichten. Im Wesentlichen handele es sich hier um Bereiche, in denen bereits eine entsprechende Bebauung vorhanden sei (z. B. Bungalows in der Bischof-Meinwerk-Straße, Bereich nördlich Hassebrock/Ecke Hillegosser Straße etc.).

Herr Wäschebach bewertet die Planung insgesamt positiv, kann sich eine Bebauung (Riegelbebauung entlang der Zufahrt zum Bezirksamt) von Teilen der heute u. a. als Bolzplatz der Tieplatzschule genutzten Grünflächen jedoch nur schwer vorstellen. Er sehe vor diesem Hintergrund die Notwendigkeit, für diesen Bereich, der seines Erachtens zusammen mit den Flächen neben dem Bezirksamt (Haus Depenbrock und Pavillon) das „Filetstück“ der Ortsmitte bilde, zunächst keine konkreten Festsetzungen zu formulieren. Dies gewährleiste aus seiner Sicht die Möglichkeit künftige Planungen völlig ungebunden bewerten zu können.

Herr Stuke (SPD-Fraktion) schließt die Bebauung der „Jahnwiese“ und des „Lindenplatzes“ derzeit grundsätzlich aus.

Frau Binder-Kruse erläutert daraufhin die ebenfalls vorgesehene Änderung des Flächennutzungsplanes im Kontext zu den im Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Stadt Bielefeld - insbesondere für den Bereich zwischen den Discountmärkten an der Altenhagener Straße / Amtmann-Bullrich-Straße und dem Heeper Ortskern - formulierten Zielen (u. a. Schaffung einer Verbindung dieser Bereiche) und die sich daraus ergebenden planerischen Abhängigkeiten.

Herr Wäschebach sieht dennoch die Notwendigkeit einer künftigen Entwicklung durch konkrete Festsetzungen nicht vorzugreifen.

Herr Stuke führt unter Hinweis auf die immer wieder angesprochene Leerstandsproblematik aus, dass dies seines Erachtens für den Ortskern Heepen nicht zutreffe. Vor diesem Hintergrund sei es aus seiner Sicht z. Zt. nicht notwendig bereits heute über die Vernetzung der angesprochenen Bereiche nachzudenken. Die Weiterentwicklung sollte daher „Schritt für Schritt“ erfolgen. Konkrete Festsetzungen für den Bereich würden daher künftigen Entwicklungen vorzuziehen sein.

Nachdem sich sowohl Herr Stuke als auch Herr Wäschebach dafür aussprechen, den Bereich auch im Rahmen der Änderung des Flächennutzungsplanes unberücksichtigt zu lassen, erläutert Frau Binder-Kruse die rechtlichen Abhängigkeiten, die sich grundsätzlich aus den Darstellungen des Flächennutzungsplanes (Formulierung langfristiger Perspektiven) bzw. den Festsetzungen des Bebauungsplanes (Schaffung konkreten Baurechtes) ergeben.

Herr Dr. Elsner vertritt vor diesem Hintergrund die Auffassung, die angesprochene Fläche im Flächennutzungsplan entsprechend darzustellen, im Bebauungsplan jedoch zunächst „auszuklammern“. Dies biete seines Erachtens die Möglichkeit, langfristig alle Optionen zu erhalten.

Herr Stuke kann sich eine Bebauung von Teilen der „Jahnwiese“ weiterhin nicht vorstellen. Darüber hinaus werde eine mögliche Bebauung seines Erachtens auch nicht dazu beitragen - wie im Zentren- und Einzelhandelskonzept erwartet - zur Steigerung der Kaufkraft beitragen. Diese werde seines Erachtens bei Realisierung aller derzeit in Rede stehenden Projekte im Übrigen ausreichend gestärkt.

Auf Nachfrage stellt Frau Binder-Kruse nochmals klar, dass durch eine entsprechende Darstellung im Flächennutzungsplan kein *verbindliches* Baurecht geschaffen werde, langfristige Perspektiven hinsichtlich der städtebaulichen Entwicklung jedoch erhalten bleiben. Sie empfehle daher aus fachlicher Sicht, die Flächen im Flächennutzungsplan darzustellen und im Bebauungsplan keine Festsetzungen für diesen Bereich zu treffen.

Herr Dr. Elsner spricht sich nochmals dafür aus, die mit der Darstellung im Flächennutzungsplan verbunden langfristigen Perspektiven zu erhalten.

Herr Wäschebach stimmt vor dem Hintergrund der von Frau Binder-Kruse getroffenen Aussagen einer entsprechenden Darstellung im Flächennutzungsplan zu, fordert von der Verwaltung jedoch nachdrücklich mit auf diese Fläche bezogenen Bauanfragen restriktiv umzugehen.

Frau Binder-Kruse stellt daraufhin nochmals fest, dass mit der Darstellung im Flächennutzungsplan kein verbindliches Baurecht mit Außenwirkung geschaffen werde.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

1. **Der Flächennutzungsplan ist im Parallelverfahren gemäß § 8 (3) BauGB zu ändern (214. Änderung „Zentrum Heepen“). Der Änderungsbereich ist aus Anlage A ersichtlich.**
2. **Dem Konzept zum Vorentwurf des Bebauungsplanes Nr. III/ H 20 wird zugestimmt.**
3. **Die Umweltprüfung für den Bebauungsplan wird gemäß den Ausführungen der Anlage C durchgeführt.**

4. Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung für die 214. Änderung des Flächennutzungsplanes werden für den Änderungsbereich der über den Geltungsbereich des Bebauungsplanes hinausgeht, zu einem späteren Zeitpunkt festgelegt.
5. Die frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen und Behördenbeteiligungen für den Bebauungsplan und die Flächennutzungsplanänderung sind gemäß §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB sowie den Richtlinien der Stadt Bielefeld zur frühzeitigen Bürgerbeteiligung durchzuführen.
6. Der Bereich „Jahnwiese“ und die Flächen nordwestlich der Zufahrt zum Bezirksamt werden in die Änderung des Flächennutzungsplanes durch entsprechende Darstellung einbezogen, bleiben im Bebauungsplan jedoch unberücksichtigt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 8 *

-.-.-

Zu Punkt 9

Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. III / A 3 (Gewerbegebiet Altenhagener Straße) im Stadtteil Altenhagen
- Aufstellungsbeschluss / Beschluss zur Fortführung der Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. III / A 3
- Stadtbezirk Heepen -
Beratungsgrundlage:
 Drucksachennummer: 1331/2009-2014

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die mit Ratsbeschluss vom 15.06.1994 eingeleitete Teil-Aufhebung des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. III/A3 (Gewerbegebiet Altenhagener Straße) wird nach den zurzeit geltenden Rechtsvorschriften zu Ende geführt.

Für die genauen Grenzen des Plangebietes ist die im Übersichtsplan M 1: 1000 (im Original) mit blauer Farbe vorgenommene Abgrenzung verbindlich.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 9 *

-.-.-

Zu Punkt 10**Auswirkungen des Winters 2009/2010 auf das Bielefelder Straßennetz**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1249/2009-2014

Herr Daube erläutert die Informationsvorlage der Verwaltung im Überblick und geht dabei besonders auf die in der Anlage zur Vorlage genannten Straßen bzw. Straßenabschnitte im Stadtbezirk Heepen und den sich aus den festgestellten Schäden hier ergebenden Handlungsbedarf ein.

Im Anschluss stellt er auf entsprechende Nachfrage Art, Umfang und den voraussichtlichen zeitlichen Verlauf der vorgesehenen Sanierungsmaßnahmen dar.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) vertritt die Auffassung, dass auch ein intaktes und leistungsfähiges Straßennetz einen Standortfaktor bilde. Die Stadt Bielefeld müsse in dieser Hinsicht konkurrenzfähig bleiben. Dies sollte beim Einsatz der zur Verfügung stehenden knappen Ressourcen entsprechend berücksichtigt werden.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) fragt unter Hinweis auf die in diesem Zusammenhang in der Vergangenheit vom Amt für Verkehr getroffenen Aussagen, ob im Zuge der Sanierungsmaßnahmen die Bordsteine in den Einmündungsbereichen der betroffenen Straßen abgesenkt werden.

Herr Daube geht davon aus, dass das Amt für Verkehr die in diesem Zusammenhang abgegebenen Zusagen einhalten werde.

- Die Bezirksvertretung Heepen nimmt den Bericht der Verwaltung über die Auswirkungen des Winters 2009/2010 auf das Bielefelder Straßennetz zur Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 10 *

Zu Punkt 11**"Wir fördern Integration!" - Integrationskonzept für Bielefeld**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0832/2009-2014

Herr Voßhans (Amt für Integration und Interkulturelle Angelegenheiten) führt aus, dass der Rat der Stadt die Verwaltung im Jahr 2007 beauftragt hatte, unter Beachtung einer erarbeiteten und festgelegten Integrationsdefinition ein Integrationskonzept für Bielefeld zu entwickeln. Die Erarbeitung erfolgte in Form eines Projektes durch das Amt für Integration und Interkulturelle Angelegenheiten mit Beratung durch die Bertelsmann-Stiftung und unter Begleitung des über die Bertelsmann-Stiftung vermittelten Instituts für Soziale Innovation in Solingen. Das jetzt vorliegende Konzept wurde in einem besonders breit angelegten, partizipativen, konsensorientierten und damit auch zeitaufwendigen Prozess, in dem sich bereits das Verständnis der künftigen Integrationspolitik, -förderung

und -arbeit in Bielefeld spiegelt, entwickelt und erarbeitet. Im Anschluss erläutert Herr Voßhans die Beschlussvorlage der Verwaltung im Überblick und geht dabei im Detail auf die Inhalte, Ziele und Handlungsfelder des Integrationskonzeptes ein.

Bezirksvorsteher Sternbacher vertritt die Auffassung, dass es der Stadt Bielefeld mit dem Integrationskonzept gelungen sei, zeitnah eine Grundlage für die Aufarbeitung des wichtigen Themas Integration zu schaffen.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass die Bewältigung der mit dem Thema Integration verbundenen Aufgaben seines Erachtens nicht ohne die entsprechenden finanziellen Mittel zu bewältigen sein werde. Er habe gehört, dass von der EU zur Verfügung gestellte Finanzmittel häufig nicht abgerufen werden und fragt, ob diese Informationen richtig seien, bzw. inwieweit es Möglichkeiten gebe, weitere Fördermittel in Anspruch zu nehmen.

Herr Voßhans vermutet, dass sich die von Herrn Wäschebach angesprochenen Informationen auf Fördermittel des Europäischen Integrationsfonds beziehen. Im Rahmen der Erarbeitung des Konzeptes habe die Stadt Bielefeld eng mit vielen örtlichen und überörtlichen Akteuren zusammengearbeitet. Aufgrund der sich daraus ergebenden breiten Informationsbasis könne er sich nicht vorstellen, dass versäumt wurde, entsprechende Fördermöglichkeiten zu nutzen.

Auf Rückfrage von Herrn Wäschebach zum prozentualen Anteil der nicht Integrationswilligen - der z. B. vom Innenministerium offenbar aktuell mit 15 % beziffert wurde - erläutert Herr Voßhans, dass nach seiner Erfahrung derartige Prozentsätze nur schwer zu kommentieren seien, da es u. a. keine klaren Definitionen gebe und eine Interpretation kaum möglich sei. Es bleibe jedoch festzustellen, dass es auch in Bielefeld Parallelstrukturen gebe.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) bewertet den in der Vorlage dargestellten Prozess und das als Ergebnis entwickelte Konzept positiv. Besonders begrüßenswert sei seine Ganzheitlichkeit (Berücksichtigung aller Altersgruppen und Lebensphasen). Er befürchte jedoch, dass viele Möglichkeiten aufgrund finanzieller Abhängigkeiten nicht genutzt werden können. Im Übrigen finde Integration seines Erachtens in besonderem Maße „vor Ort“, besonders in den Kindergärten, Schulen und Vereinen statt. Hier sollte intensiv über Kooperationsmöglichkeiten nachgedacht werden. Schulschließungen seien in diesem Kontext keine geeigneten Maßnahmen.

Frau Grünewald (CDU-Fraktion) greift die von Herrn Dr. Elsner angesprochene aktuelle Diskussion zu den beabsichtigten Schulschließungen auf. Aufgrund der engen Abhängigkeiten zwischen dem Thema Integration und dem Thema Bildung sei es ein Widerspruch gleichzeitig über die Bedeutung des Themas Integration und über Schulschließungen nachzudenken. Sie appelliere an alle Beteiligten, dies im Rahmen der weiteren Debatte über Schulschließungen zu bedenken.

Herr Wäschebach verweist auf die Beratung in der Bezirksvertretung Jöllenbeck. Die Bezirksvertretung Jöllenbeck habe das Amt für Integration und Interkulturelle Angelegenheiten gebeten, im Rahmen des nächsten Berichtes eine Stellungnahme zur konkreten Überprüfung der Maßnahmen auf Effizienz und Erfolg abzugeben. Die Bezirksvertretung Heepen sollte seines Erachtens einen entsprechenden Beschluss fassen.

Die Bezirksvertretung stimmt zu.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

1. Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund hat für die Stadt Bielefeld, die sich als weltoffene, tolerante und als Stadt der Vielfalt mit all ihren Facetten bekennt, eine herausragende Bedeutung. Integration gehört zu den strategischen Zielen Bielefelds.

Das Bielefelder Konzept „Wir fördern Integration!“ - Integrationskonzept für Bielefeld wird als Grundlage der künftigen kommunalen Integrationspolitik, -förderung und -arbeit verabschiedet.

Mit dem Konzept stellt sich die Stadt Bielefeld der Frage, wie Integration als langwieriger Aushandlungsprozess so gestaltet werden kann, dass alle Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt perspektivisch am wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Leben gleichberechtigt teilhaben können. Es beschreibt die grundlegenden Rahmenbedingungen für einen respektvollen und gleichberechtigten Umgang zwischen Menschen ohne und mit Migrationshintergrund auf der Basis des Grundgesetzes (GG) der Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (LVerf NRW).

Das Konzept ist für die Stadt Bielefeld

- „Querschnittskonzept“ und Orientierungs- und Handlungsrahmen für Integrationsförderung und -arbeit als eine (gesamt-) gesellschaftliche und politische Aufgabe, bei der Menschen mit Migrationshintergrund, Aufnahmegesellschaft und Politik ihre unterschiedlichen Beiträge zu leisten haben.
 - verbindlicher Rahmen für kommunalpolitische Handlungsansätze, die in einem fortlaufenden Prozess von Zielformulierung, Maßnahmenplanung und Controlling erarbeitet und weiterentwickelt werden.
 - Grundlage für die Fortsetzung und Weiterentwicklung des Dialogs mit Akteurinnen bzw. Akteuren außerhalb der Verwaltung und für Strukturen für deren Beteiligung.
 - Handlungsinstrument zur Begleitung, Unterstützung und Umsetzung im Konzept verankerter Maßnahmen zur Integrationsförderung und -arbeit in kooperativer Vernetzung aller Beteiligten und für die künftigen Ziele und Grundsätze der Steuerung.
2. Die Stadt Bielefeld begrüßt und verabschiedet das Leitbild „Bielefeld - Zusammenleben in Vielfalt“ für die Bielefelder Integrationspolitik, -förderung und -arbeit als Orientierungsrahmen für die Ziele und das Handeln sowie für ein grundlegendes Verständnis von Integration (Anlage 1).

3. Im Rahmen des Leitbilds (s. Ziff. 2) bekennt sich die Stadt Bielefeld zu integrationspolitischen Zielen und Aufgaben (vgl. Anlage 2 zum Beschlussvorschlag).
4. Die Stadt Bielefeld befürwortet die Beachtung und Umsetzung der Handlungsfeld bezogenen Zielsetzungen und Maßnahmevorschläge des Integrationskonzepts. Vorrangig sind zunächst die Ziele und Maßnahmevorschläge gem. Anlage 3 zum Beschlussvorschlag zu berücksichtigen und umzusetzen.
5. Das Amt für Integration und Interkulturelle Angelegenheiten wird gebeten, im nächsten Bericht eine Stellungnahme zur konkreten Überprüfung der Maßnahmen auf Effizienz und Erfolg abzugeben.

- einstimmig beschlossen -

Herr Wäschebach weist darauf hin, dass sich im Kontext zur aktuellen Situation für ihn noch verschiedene Fragen ergeben, die er jedoch nicht für geeignet halte, sie in öffentlicher Sitzung zu stellen. Er bittet Herrn Voßhans und Frau Grewe zu diesen Fragen zu Beginn der nichtöffentlichen Sitzung Stellung zu nehmen (vgl. TOP 14.17 - Mitteilungen).

* BV Heepen - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 11 *

Zu Punkt 12

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Herr Daube informiert darüber, dass zur Sitzung keine entsprechenden Punkte vorliegen. Die Verwaltung werde in der übernächsten Sitzung erneut eine Auflistung zum Stand der Bearbeitung der von der Bezirksvertretung gefassten Beschlüsse vorlegen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 12 *
